



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Erklärung der Alternative für Deutschland zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität	5
Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	6
Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen.....	6
Sonderwirtschaftszone in Sachsen schaffen!	6
Pflegehilfe abgelehnt: Blockade gegen AfD geht weiter	6
Termine – Kreisverband Bautzen.....	7
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 17.1.2021	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.1.2021	10
Mega-Lockdown: Keine Schließung von Betrieben und Verkehr!	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.1.2021	10
Wöllner versagt beim Kampf gegen links!.....	10
150 Jahre Deutsche Einheit	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.1.2021	12
Alle AfD-Fraktionen einig: Lockdown sofort beenden!	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.1.2021	12
Linke Gewalt massiv gestiegen: Warum schaut die Regierung weg?	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.1.2021	13
Keine Aufhebung der Corona-Verbote: Kretschmers Hin-und-Her frustriert die Bürger	13
Corona-Verbote: Die CDU spaltet unser Land!.....	14
Neues von der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.1.2021	15
Europa schrammt haarscharf an „Blackout“-Katastrophe vorbei!.....	15



Grundrechte stehen allen zu!	15
Jörg Meuthen zur Wahl des neuen CDU-Bundesvorsitzenden	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.1.2021	16
Irre: Berlin führt 35%-Migrantenquote im öffentlichen Dienst ein!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.1.2021	17
Bundesregierung beerdigt die deutsche Wirtschaft!.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.1.2021	18
Verfassungsschutz-Skandal: Geheim-Gutachten entlastet AfD auf ganzer Linie	18
Planlose Bundesregierung schafft unverantwortliche Zombieökonomie	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.1.2021	19
Regierungs-Sprachpolizei will „Migrationshintergrund“ abschaffen!.....	19
Jörg Meuthen und Alexander Wolf zum Zwischenbericht des Berliner LfV zur Berliner AfD ...	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.1.2021	20
AfD-Beobachtungs-Szenarien untergraben die Demokratie	20
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.1.2021	21
Bundesregierung überweist immer mehr Kindergeld ins Ausland	21
Mit Laschet setzt die CDU den Merkelkurs fort.....	22
Langzeitarbeitslosigkeit geht durch Lockdown-Maßnahmen der Bundesregierung durch die Decke.....	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.1.2021	23
Bundestag darf sich nicht selbst entmachten.....	23
18. Januar 1871 – Die Geburtsstunde des deutschen Nationalstaates.....	23
Menschenleben und Mittelständler retten	25
150 Jahre Nationalstaat der Deutschen – ein Meilenstein unserer Geschichte.....	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.1.2021	26
FFP2-Masken bergen gesundheitliche Risiken.....	26
Bei FFP2-Maskenpflicht im Bahnverkehr drohen weitere Fahrgastverluste	26
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.1.2021	27
Baby von Jugendamt der Mutterbrust entrissen	27
Söder hat den Bogen überspannt.....	28
Teufelskreis immer schärferer Lockdowns durchbrechen	28
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.1.2021	29
Deutschland droht eine verlorene Schülergeneration	29
Merkels Drohung mit Grenzkontrollen ist für viele in Europa ein Hoffnungsschimmer	29



Bürger haben ein Recht auf realistische und verlässliche Lockdown-Exit-Strategie.....	30
Die Zukunft der jungen Generation wird durch Coronamaßnahmen verspielt	31
EU darf nicht den Gesundheitsschutz deutscher Staatsbürger vereiteln.....	31
Video-Empfehlungen	32
Eine Amtsärztin spricht Klartext!.....	32
"Corona-Tote": Ein Bestatter spricht Klartext – und ein Fernsehsender schneidet ihn aus der Sendung.....	32
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	32
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	32
Kanal von AfD Kompakt TV	32
Wochenendpodcast der AfD.....	32
AfD im EU-Parlament.....	32
Meldungen aus Deutschland und der Welt	33
Gemischtes aus Deutschland und der Welt	33
Deutschland ist sprachlos: 150 Jahre Reichsgründung	33
AfD-Politiker abschießen: Videospiel an Hochschule sorgt für Empörung	33
Maskenball und Geisterstunde mit Lady Gaga	33
Bundesregierung lehnt UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot ab.....	33
Verfassungsschutz will gesamte AfD unter Beobachtung stellen.....	33
Begriff "Migrationshintergrund" soll weg	33
Bundesregierung: Kfz-Kennzeichen-Scanning kommt bundesweit	33
Franziska Giffey: Entscheidung über ihren Dokortitel wohl erst nach der Wahl	33
Informationen zum Coronavirus	33
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	33
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	33
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	33
„Geimpfte sollen Grundrechte ausüben dürfen“	34
Corona-Gipfel: Lockdown verlängert, Kitas und Schulen bleiben zu	34
14 Todesfälle in Seniorenheim	34
Richter rechnet mit dem Lockdown und der Corona-Politik ab.....	34
Sprechen kann genauso gefährlich sein wie Husten	34
Verband der Verkehrsunternehmen spricht sich für "Schweigepflicht" im ÖPNV aus	34
Diese Bundesländer setzen auf Stationen für Quarantänebrecher	34
Corona-Infos für Sachsen	34



Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	34
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	34
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	34
Sachsen will Quarantäne-Verweigerer in Einrichtung unterbringen	34
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	35
Schwangere Frau auf Parkplatz in Hamm getötet.....	35
Junge Frau in Krefelder Innenstadt überfallen und vergewaltigt - Tat vermutlich mit Smartphone gefilmt	35
Drei Unbekannte treten auf 15-Jährigen in Essen ein und rauben ihn aus	35
Zwei Männer beklauen Schwangere.....	35
Hamburg: Libyer ermordet 20-jährige Schülerin im Fahrradkeller.....	35
„Ich wusste nicht, dass man in Deutschland nicht vergewaltigen darf“	35
Der letzte Weihnachts-Kuss	35
Fakten in Bildern	36
Bevölkerungsstand im Vergleich zur Sterblichkeit in den vergangenen 3 Jahren	36
Achtung Satire!	37
Kommunalmandate im KV Bautzen	38
PRESSE-ARCHIV	38
SPENDENKONTO.....	38
KONTAKT:.....	38



Erklärung der Alternative für Deutschland zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität

Berlin, 18. Januar 2021.

Immer wieder wird seitens der Medien, des politischen Gegners und der von ihm instrumentalisierten Ämter für Verfassungsschutz unterstellt, die AfD vertrete einen Volksbegriff, der auf das Ethnisch-Kulturelle verengt sei und daher gegen die im Grundgesetz festgeschriebene Menschenwürdegarantie verstoße. Wer nicht dem ethnisch definierten Volk angehöre, so wird suggeriert, dem wolle die AfD staatsbürgerliche Rechte oder gar elementare Menschenrechte vorenthalten oder entziehen.



Aus dieser haltlosen Verdachtskonstruktion wird die Behauptung verfassungswidriger Bestrebungen unserer Partei abgeleitet und ihr das Prädikat „demokratisch“ abgesprochen. So ganz offen und regelmäßig von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien, die sich selbst als Block die „demokratischen“ nennen und die AfD damit als „undemokratisch“ zu markieren versuchen.

Durch unser [Grundsatzprogramm](#) und unsere Wahlprogramme auf Bundes- und Landesebene sowie durch zahllose Reden und Verlautbarungen der maßgeblichen Exponenten unserer Partei sind diese vollkommen haltlosen Diffamierungen implizit und explizit hundertfach Lügen gestraft.

Da sie gleichwohl aber in bewusster politischer Schädigungsabsicht hartnäckig weiter vorgebracht werden, sehen sich die Unterzeichner zu einer *Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität*, deren genauen Wortlaut wir auf folgender Seite für Sie zusammengefasst haben:

[ERKLÄRUNG LESEN UND HERUNTERLADEN](#)

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

Sonderwirtschaftszone in Sachsen schaffen!

In der Januar-Ausgabe des Rundbriefes „Infoport“ des Ostdeutschen Bankenverbandes sprechen sich die Verfasser für die Einrichtung einer „Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland“ aus.



„Die sächsische AfD sieht diesen Vorstoß sehr positiv“, erklärt der Landtagsabgeordnete Timo Schreyer, Mitglied im Arbeitskreis 7 – Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – der Landtagsfraktion.

Der AfD-Abgeordnete, Wolfram Keil ergänzt:

„Bereits in unserem Landtagswahlprogramm von 2019 haben wir die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in grenznahen und strukturschwachen Gebieten wie der Lausitz, dem Vogtland und dem Erzgebirge gefordert. Diese sollten vor allem von vereinfachten Regulierungen profitieren können. Steuererleichterungen und Bürokratieabbau sind dabei nur zwei Maßnahmen, die aus unserer Sicht unabdingbar sind.“

Derzeit diskutiert die Landtagsfraktion, wie wir uns die genaue Ausgestaltung derartiger Zonen vorstellen. Gern laden wir auch über Partei- und Organisationsgrenzen hinaus dazu ein, mit uns gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, welches den wirtschaftlichen Bedürfnissen unserer Region gerecht wird und gleichzeitig als Musterregion für andere strukturschwache Regionen dienen kann.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3664686040267554/>

Pflegehilfe abgelehnt: Blockade gegen AfD geht weiter

Die AfD-Fraktion stellte aktuell einen Antrag, die Anzahl der Kinder und Jugendlicher in Sachsen zu ermitteln, die ihre Eltern oder Großeltern pflegen müssen (7/4666). Ihre Probleme und Unterstützungsbedürfnisse sollen erfasst werden. Obwohl SPD-Sozialministerin Köpping in einer Stellungnahme unseren Antrag befürwortete, lehnten die SPD und alle anderen Parteien den Antrag ab.

Doreen Schwietzer, familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, erklärt:





„Dieses unsoziale Verhalten ist befremdlich. Führende Sozialpolitiker und Fachverbände kennen das Problem und mahnen eine Lösung an, dennoch wird die praktische Umsetzung in Sachsen nun blockiert.“

Bisher gibt es nur internationale Studien, die von einem Anteil von zwei bis vier % pflegende Minderjährige ausgehen. Das wären ca. 230.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland. Kinder, die ihre Eltern pflegen müssen, stoßen häufig auf Tabus und verschweigen oft ihre Probleme. Deshalb hatte die AfD-Fraktion beantragt, die Belastung der Minderjährigen zu analysieren sowie Beratungs- und Hilfsangebote auszuarbeiten. Nun müssen Familien mit pflegenden Kindern weiter leiden. Die Vertreter von CDU, SPD, Linken und Grünen sollten sich schämen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/pflegehilfe-abgelehnt-blockade-gegen-afd-geht-weiter/>

Termine – Kreisverband Bautzen

Mo	01.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mo	01.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Di	16.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	17.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	18.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 17.1.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

am Montag wird der deutsche Nationalstaat 150 Jahre alt. Jedes andere Land der Welt würde zu einem solchen Anlass größere Feierlichkeiten ausrichten.

Doch Deutschland ist anders: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) gab zu Protokoll, der Gedenktag komme „ungelegen“, weil wir dem Kaiserreich „beziehungslos“ gegenüberstünden. Steinmeier outet sich damit als ein Staatsoberhaupt, das jede Bindung zum eigenen Land ablehnt. Das dürfte ebenfalls einmalig auf der Welt sein.

Dabei fördert eine ausgewogene Betrachtung der Geschichte des ersten gemeinsamen deutschen Staates durchaus Spannendes zutage. Es gelang damals zum Beispiel auf vorbildliche Weise der Spagat zwischen einer besseren Bildung für breite Schichten und absoluten Spitzenleistungen in der Forschung.

Während heute Asien den technologischen Fortschritt prägt, hatten wir Ende des 19. Jahrhunderts die Nase vorn. Viele sächsische Wissenschaftler, Ingenieure und Unternehmen erwarben sich in dieser Zeit Weltruhm.

Man denke nur an Richard Hartmann im Maschinenbau und Clemens Winkler von der Bergakademie Freiberg, der 1886 ein neues chemisches Element fand. Ihre herausragenden Leistungen waren nur möglich, da in ganz Deutschland eine Begeisterung für Wissenschaft und Technik herrschte, die wir heute erst wieder entfachen müssen.

Bahnbrechend waren zudem die Entdeckungen in der Physik. Von der „Atomenergie“ (Hans Friedrich Geitel) war erstmals 1899 die Rede. Daneben wirkten Genies wie Max Planck, Albert Einstein, Ferdinand Braun und Wilhelm Conrad Röntgen, die reihenweise Nobelpreise für Deutschland gewannen.

Dennoch wurde auch sehr viel für die einfachen Volksschulen getan. Der Historiker Frank-Lothar





Kroll, Professor für Europäische Geschichte an der TU Chemnitz, unterstreicht, „in der Spätphase des Kaiserreichs“ habe es „den wohl größten Expansions- und Innovationsschub“ an den Volksschulen gegeben.

Die Ausgaben für die Schulen und Lehrer wurden innerhalb von 50 Jahren um das 14-fache nach oben geschraubt. Zugleich erhielten moderne Sprachen und Naturwissenschaften mehr Platz eingeräumt, um eine praxisorientierte Berufsausbildung vorzubereiten.

Professor Kroll sieht deshalb einen „fundamentalen Modernisierungsschub“ in jener Zeit, der sich in allen Bereichen der Gesellschaft niederschlug. Mir ist dies so wichtig zu betonen, weil hier ein Erfolgsrezept deutlich wird, an dem sich die AfD orientiert, die anderen Parteien aber leider nicht mehr.

Statt auf mittelalterliche Technologien wie Windräder zu setzen, sollten wir zusehen, in der Kernkraftforschung Boden zu gewinnen. Ebenso ist es bezeichnend, dass im Ausland mittlerweile die modernsten und umweltschonendsten Kohlekraftwerke gebaut werden.

Die Ursache dieses bedauerlichen Rückstandes der verblassenden deutschen Wissenschaftsnation ist ideologischer Natur. Unrealistische, politische Utopien sind an die Stelle ergebnisoffener Forschung getreten. Das bremst die notwendige Neugier und befördert Engstirnigkeit. Das gewünschte Ergebnis steht schließlich von vornherein fest. Eine Rückbesinnung auf den Forscher- und Tüftlergeist, den es vor 150 Jahren gab, kann uns daher nur guttun.

Auch steht für mich fest, dass der Nationalstaat ein wichtiger Garant für die Demokratie ist. Allein aufgrund der Sprachenvielfalt ist es weiterhin undenkbar, eine gesamteuropäische Wahl mit einheitlichen Kandidaten durchzuführen. Die Deutschen wollen deutsche Politiker wählen und die Italiener italienische. Das nahm 1871 seinen Anfang, hat sich bewährt und sollte erhalten bleiben.

Dennoch liegt es mir fern, die Vergangenheit zu glorifizieren. Deutschland hat eine wechselvolle Geschichte mit vielen Höhen und Tiefen. Tragödien und Katastrophen gehören hier genauso dazu wie positive Ereignisse.

Wovor ich jedoch warnen möchte, ist zurückliegende Epochen mit den Maßstäben von heute zu bewerten. Das führt zu moralischer Überheblichkeit, die uns nicht gut zu Gesicht steht. Beachten wir dies, können wir die Modernität des ersten deutschen Nationalstaates selbstbewusst herausstellen.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3711294855629051/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.1.2021

Mega-Lockdown: Keine Schließung von Betrieben und Verkehr!

Laut Medienberichten plant die Bundesregierung einen Mega-Lockdown. Es sollen alle Betriebe geschlossen sowie der öffentliche Nah- und Fernverkehr eingestellt werden. Zusätzlich gelten strenge Ausgangssperren. Außerdem will Sachsen ein Gefängnis für Quarantäne-Verweigerer aufbauen, berichtet BILD.



Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„Die Regierung schafft es leider nur, Angst und Panik zu verbreiten. Mit dem Holzhammer werden ganze Wirtschaftszweige zerstört, statt gezielt die Hoch-Risikogruppen zu schützen. Die sehr hohe Zahl an Corona-Toten in Sachsen geht auch auf das Konto der Staatsregierung.

Sie hat die Grenzen zu den Corona-Hochburgen Tschechien und Polen nie wirklich geschlossen. Sie hat bis jetzt zugeschaut, wie Pflegekräfte aus diesen Ländern das Virus an die Hoch-Risikogruppen in der stationären und ambulanten Pflege weitergeben. Die Pflegekräfte werden bis zum heutigen

Tag immer noch nicht flächendeckend getestet!

Die AfD ist gegen einen totalen Lockdown für Betriebe und öffentlichen Verkehr. Die Schäden dieser Holzhammer-Politik sind um ein Vielfaches größer als ihr Nutzen. Für die Schließung des Einzelhandels gibt es bis heute keine wissenschaftliche Entscheidungsgrundlage.

Nach den vielen Pannen der Staatsregierung ist es dennoch gut, dass nun endlich eine übergreifende Corona-Koordination stattfindet. Dies hatte die AfD-Fraktion bereits im Frühjahr gefordert. Nun besteht zumindest die Hoffnung, dass die linke Hand in der Regierung weiß, was die rechte macht.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/mega-lockdown-keine-schliessung-von-betrieben-und-verkehr/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.1.2021

Wöller versagt beim Kampf gegen links!

Laut Polizeibericht griffen „Unbekannte“ in der Nacht zu Sonntag die Polizeiaußenstelle in Leipzig-Connewitz (Wiedebach-Passage) mit Pflastersteinen, Feuerwerkskörpern und Farbgranaten an. Ein „politisches Motiv“ könne nicht ausgeschlossen werden, betonte die Polizei.

Zu dem erneuten Angriff erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, **Sebastian Wippel**:

„Erst vor wenigen Tagen musste CDU-Innenminister Roland Wöller auf eine von mir gestellte Kleine Anfrage (Drs. 7/4848) einräumen, dass die Polizeiaußenstelle in Connewitz regelmäßig attackiert wird. Es entstanden dabei jeweils Sachschäden von bis zu 27.700 Euro.



Sämtliche Fälle wurden der politisch motivierten Kriminalität des Linksextremismus (PMK links) zugeordnet. Leider konnten über die Jahre jedoch nur acht Tatverdächtige ermittelt werden. Das Strafmaß war dabei wenig abschreckend. Innenminister Wöllner konnte lediglich zwei Bewährungsstrafen und eine Geldstrafe anführen.

Dies zeigt: Trotz Soko LinX gelingt es bisher nicht, Leipzig-Connwitz zu befrieden. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die Regierung aus Sicht der AfD ihre üppigen Zahlungen an linksradikale Vereine einstellen. Zudem sollte sich der Verfassungsschutz auf die militante Szene in Leipzig konzentrieren, statt Gesinnungsschnüffelei zu betreiben.

Die sächsische Regierung vertraut derweil dem Prinzip Hoffnung. Der Schutz der Beamten wird vernachlässigt. Währenddessen inszeniert CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die Übergabe eines Herrnhuter Sterns an die Dienststelle. Die Kosten des Geschenks übernahm er dabei nicht einmal selbst, sondern belastete damit die Steuerzahler, wie meine Kleine Anfrage belegt.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Justiz: Solange Antifa-Aktivisten im schlimmsten Fall eine Bewährungsstrafe zu befürchten haben, werden sie weitermachen und die Brutalität ihrer Attacken sogar noch steigern.“

<https://www.afdsachsen.de/woeller-versagt-beim-kampf-gegen-links/>

150 Jahre Deutsche Einheit

Vor 150 Jahren wurde das Deutsche Reich gegründet. Deutschland wurde zum geeinten Nationalstaat.

Dazu erklärt der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas Kirste:

„Das neue Deutsche Kaiserreich wurde am 18. Januar 1871 im Schloss von Versailles proklamiert. Jahrelange so genannte Kleinstaaterei wurde damit abgeschafft. Die erste deutsche Einheit wurde von weiten Teilen der Bevölkerung frenetisch begrüßt und bejubelt. Sie ist Ausdruck einer politischen Kultur, die der Einheit den klaren Vorrang gab.

Traurig stimmt mich hingegen, dass dieses große Ereignis deutscher Geschichte von den meisten Medien weitestgehend ignoriert oder sogar als reaktionärer Akt abgehandelt wird. Beispielsweise kann es sich der GEZ-Sender, ‚Deutschlandfunk‘ in diesem Zusammenhang nicht verkneifen zu behaupten, dass im Kaiserreich ‚auch die Wurzeln des Nationalsozialismus‘ stecken würden.

Im damals geeinten Deutschland wurde erstmals und weltweit einmalig, eine Kranken- und Rentenversicherung eingeführt. Vor allem ein Verdienst des damaligen Kanzlers, Fürst Bismarck.

Noch heute künden in Sachsen viele Denkmäler an die Verdienste Bismarcks um die Nationalstaatsgründung. Vor dem Krieg gab es sachsenweit 123 Türme, Büsten und Statuen zu Ehren des ersten Kanzlers. Viele davon wurden im Krieg zerstört oder danach demontiert. Mein Appell an alle Kommunen und Bürger ist daher, die noch verbliebenen Denkmäler zu pflegen, zu ehren und zu erhalten. Das sind wir unserer Geschichte und auch unseren Nachfahren schuldig.“

<https://www.afdsachsen.de/150-jahre-deutsche-einheit/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.1.2021

Alle AfD-Fraktionen einig: Lockdown sofort beenden!

Zur geplanten Verlängerung des Lockdowns bis Mitte Februar durch Bundes- und Landesregierung erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:



„Alle AfD-Fraktionen in Bundestag und Landesparlamenten fordern ein umgehendes Ende des Lockdowns in Deutschland. Der Lockdown schützt nicht die Hochrisiko-Gruppen, zerstört aber die Existenz von Millionen Deutschen. Ganze Wirtschaftszweige werden irreparabel ruiniert und die nachfolgende Generation mit kaum bezahlbaren Schulden belastet. Viele Kinder werden zu Bildungsverlierern. Die Maßnahmen der Regierung sind willkürlich, unverhältnismäßig und wirklichkeitsfremd.“

Die AfD fordert dagegen, die Hochrisiko-Gruppen endlich besser zu schützen. Bis heute werden in Sachsen die Mitarbeiter in der Altenpflege immer noch nicht verpflichtend regelmäßig getestet. Für die große Zahl an Toten in den Pflegeheimen ist auch die Regierung mit verantwortlich. Zudem wollen wir für ältere Menschen besondere Einkaufszeiten und Taxi-Gutscheine, um sie vor einer erhöhten Ansteckungsgefahr im ÖPNV zu schützen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3659502644119227/>

/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.1.2021

Linke Gewalt massiv gestiegen: Warum schaut die Regierung weg?

Die Verfahren gegen Linksextremisten haben sich im Abwehrzentrum des sächsischen LKA im letzten Jahr verzehnfacht. Sie stiegen von 27 auf 278, berichtet die LVZ. Rechtsextreme Ermittlungsverfahren fielen von 78 auf 60. Verfahren gegen Islamisten stiegen von 18 auf 24 Fälle.

CDU-Innenminister Wöllner behauptete dennoch, der Schwerpunkt der politisch motivierten Straftaten liege auf dem Rechtsextremismus.

Carsten Hütter, sicherheitspolitischer Sprecher, erklärt:

„Bei diesen Zahlen zu den schweren politischen Straftaten wird jedem klar, dass der Innenminister Unsinn erzählt und offensichtlich auf dem linken Auge blind ist. Fast im Wochentakt werden in Leipzig Polizisten angegriffen oder Autos und Baumaschinen abgefackelt. Bereits 2019 gab es fast doppelt so viele linke Gewaltstraftaten (117) wie rechte (66). Dennoch will Wöllner nicht den Fokus auf die linke Gewalt-Szene setzen.“





Natürlich gibt es insgesamt mehr rechtsextreme Straftaten, weil hier sogenannte Propaganda-Delikte aller Couleur mitgerechnet werden. Dagegen dürfen Linksextremisten überall ungestraft ihre Antifa-Symbole zeigen und stehen entsprechend besser in der allgemeinen Statistik da. Wenn wir nur die schweren Straftaten betrachten, dann ist eindeutig der Linksextremismus das größte Problem in Sachsen.

Die CDU-geführte Staatsregierung muss endlich entschiedener gegen linke Gewalt vorgehen. Die Soko LinX braucht deutlich mehr Personal und die finanzielle Unterstützung linksradikaler Vereine muss beendet werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/linke-gewalt-massiv-gestiegen-warum-schaut-die-regierung-weg/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.1.2021

Keine Aufhebung der Corona-Verbote: Kretschmers Hin-und-Her frustriert die Bürger

CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer gab bekannt, dass Lockerungen der drastischen Corona-Verbote nun erst ab einer 7-Tage-Inzidenz von 50 Neuinfizierten möglich sein sollen. Dabei sind bis jetzt nächtliche Ausgangssperren und der begrenzte 15-Kilometer Bewegungsradius nur bei einer Inzidenz von über 200 Neuinfizierten vorgesehen. Diese Grenze haben mehrere sächsische Städte und Landkreise bereits länger unterschritten und müssten eigentlich die Grundrechtseinschränkungen aufheben. Davor warnte Kretschmer aber nun explizit.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„Dieses Hin und Her, die Unverlässlichkeit der Aussagen sind für viele Sachsen extrem frustrierend. Warum sollen die Bürger aus Dresden und Chemnitz, Städte mit einer Inzidenz unter 200, nicht im Winterwald des Erzgebirges spazieren gehen dürfen? Offenbar hat Herr Kretschmer Gefallen an seinen ‚autoritären Maßnahmen‘ gefunden, kaschieren sie doch wunderbar das eigene Versagen.

Das Gleiche gilt für die Friseur-Betriebe. Noch vor ein paar Tagen stellte der CDU-Chef in Aussicht, dass diese wieder öffnen und arbeiten können. Davon ist nun keine Rede mehr. Wie viele andere Dienstleister auch ringen unzählige Friseure mit dem wirtschaftlichen Überleben. Erst heute demonstrierten sie in Dresden.

Kretschmers Lockdown-Strategie schützt die Hoch-Risikogruppen nicht ausreichend, zerstört aber unzählige Existenzen sowie die Bildungschancen unserer Kinder. Deshalb fordert die AfD, dass diese untaugliche Strategie schnellstens beendet wird.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/keine-aufhebung-der-corona-verbote-kretschmers-hin-und-her-frustriert-die-buerger/>



Corona-Verbote: Die CDU spaltet unser Land!

Die Geschäftsführerin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, Prof. Dr. Renate Köcher, sieht die Corona-Krise als „Spaltpilz“ der Gesellschaft. Gegenüber dem Handelsblatt betonte sie, es sei jetzt schon klar, „dass viele Existenzen vernichtet sind“. Ihre Umfragen zeigten eine bedenkliche Zunahme von Ängsten, Egoismus, Aggressivität und Ungeduld. 70 Prozent der Bundesbürger stören sich den Erhebungen zufolge insbesondere an der Ungewissheit, wie es weitergeht.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban:



„Mit ihrer unverhältnismäßigen Verbotspolitik spaltet die CDU unser Land und vertieft bereits länger bestehende Gräben. Während sie Großunternehmen davonkommen lässt und ihnen teilweise sogar das Geschäft ihres Lebens ermöglicht, stellt die Partei von Bundeskanzlerin Merkel und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer viele kleine Leute vor unlösbare Probleme.

Ich denke dabei an die Eltern, die von zu Hause aus arbeiten sollen und zugleich als Aushilfslehrer gefordert sind. Ich denke an die protestierenden Gastronomen, die bis Ostern über die Runden kommen sollen, obwohl sie die Novemberhilfen immer noch nicht erhalten haben. Und ich denke auch an die vielen Senioren, für die noch immer kein schlüssiges Schutzkonzept vorliegt.

Ohne ihre dringenden Hausaufgaben zu erledigen, taumelt die CDU von Lockdown zu Lockdown. Sie vertröstet die Menschen von Woche zu Woche, ohne einmal grundsätzlich über die eingeschlagene Strategie nachzudenken.

Als einzige Partei in Deutschland fordern wir einen umfassenden Strategiewechsel: Schluss mit der Holzhammer-Methode! Der Schutz der Risikogruppen gehört in den Fokus! Wenn das intelligent geschieht, kann der Lockdown sofort beendet werden und die Einschränkungen unserer Grundrechte gehören dann endlich der Vergangenheit an.“

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3724196754338861/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.1.2021

Europa schrammt haarscharf an „Blackout“-Katastrophe vorbei!

Die Einschläge kommen allmählich immer näher: Europa ist am Freitag vergangener Woche haarscharf an einer „Blackout“-Katastrophe vorbeigeschrammt! Bereits im Juli 2019 ist



Deutschland sogar dreimal einer solchen Katastrophe nur knapp entgangen. Im aktuellen Fall mussten vier europäische Länder sowie die Türkei für 63 Minuten vom Verbundnetz getrennt und in den sogenannten „Inselbetrieb“ genommen werden.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien erhöht dabei erheblich die Gefahren! Die Aussichten für die Zukunft sind leider ebenfalls beunruhigend: „Es ist binnen der nächsten fünf Jahre mit einem europaweiten Blackout zu rechnen“, sagt der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge, Herbert Saurugg. Sollte ein solcher „Blackout“ schlimmstenfalls für mehrere Tage oder gar Wochen andauern, würde das eine unvorstellbare Katastrophe für

Versorgung, Infrastruktur und Gesundheitssystem bedeuten. Dass mit der sogenannten „Energiewende“ überhaupt ein solches Risiko massiv erhöht wird, war und ist unverantwortlicher Aktionismus der damaligen Merkel-Regierung.

Das Experiment der überstürzten sogenannten „Energiewende“ muss mit Blick auf die [explodierenden Strompreise](#), aber auch wegen der gefährdeten Stromsicherheit beendet werden! Darüber hinaus muss die Gaspipeline Nord Stream 2 unbedingt fertiggestellt werden, um die Energiesicherheit zu erhöhen und die finanziellen Belastungen für die Bürger nicht noch weiter in die Höhe schnellen zu lassen. Die Forderungen nach einem Stopp des Projekts sind sowohl außenpolitisch als auch wirtschaftspolitisch und energiepolitisch extrem kurzsichtig.

[Der Standard: „Erneuerbaren-Ausbau erhöht laut Stromversorgern die Blackout-Gefahr“.](#)

<https://afdkompakt.de/2021/01/17/europa-schrammt-haarscharf-an-blackout-katastrophe-vorbei/>

Grundrechte stehen allen zu!

Maas erzählt gefährlichen Unsinn.

Bundesaußenminister Maas erklärt, dass lediglich Geimpfte ihre Grundrechte zurückerhalten sollen. Er argumentiert damit, dass eine geimpfte Person zwar möglicherweise noch ansteckend sei, aber niemandem mehr ein Beatmungsgerät wegnähme. Damit falle mindestens ein zentraler Grund für die Einschränkung der Grundrechte weg.



Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, zeigt sich schockiert ob derartiger Ansichten eines ehemaligen Justizministers und macht klar, dass Grundrechte für alle Menschen gelten und nicht nur für eine von der Bundesregierung ausgewählte Minderheit:

„Grundrechte sind keine Privilegien, die jeder einzelne sich – etwa durch eine Impfung – erarbeiten muss. Hier zeigt sich ein fatales Rechtsverständnis gerade jenes Außenministers, der vor kurzem noch großspurig den USA einen ‚Marshallplan für Demokratie‘ angeboten hatte. Maas braucht offensichtlich ganz dringend Nachhilfe in Sachen Rechtsstaatlichkeit! Er erzählt Unsinn.“

Wir als AfD wenden uns gegen jeden Zwang zur Impfung – ob direkt oder indirekt! Wir stehen für den umfassend aufgeklärten Menschen, der eigenverantwortlich seine Entscheidungen selbst trifft!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-grundrechte-stehen-allen-zu/>

Jörg Meuthen zur Wahl des neuen CDU-Bundesvorsitzenden

Anlässlich der Wahl von Armin Laschet zum neuen Bundesvorsitzenden der CDU erklärt Bundessprecher Jörg Meuthen:

„**Schlechte Nachrichten für Deutschland: Jetzt wird weitergemerkelt!**“

Das sorgt zumindest für klare Verhältnisse, denn bei Herrn Laschet kommt erst gar niemand auf die Idee, er würde die Union zurück ins konservative Lager führen.

Die AfD bleibt damit die einzig konservative Partei in Deutschland!“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-zur-wahl-des-neuen-cdu-bundesvorsitzenden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.1.2021

Irre: Berlin führt 35%-Migrantenquote im öffentlichen Dienst ein!

Die deutsche Hauptstadt ist und bleibt das Experimentierfeld für blanken Irrsinn: Nun soll nach einem Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Senatsverwaltung auch noch eine 35-prozentige „Migrantenquote“ im öffentlichen Dienst eingeführt werden! Das entspricht ungefähr dem Anteil der in Berlin lebenden Menschen mit ausländischer Abstammung. Zwar sollen Migranten bei Auswahl- und Einstellungsverfahren lediglich bei „gleicher Qualifikation“ bevorzugt werden. Doch diese Gleichheit der Qualifikation ist freilich in Teilen subjektiv: Wie soll man es objektiv messen können, wenn ein Bewerber im ersten Eindruck teamfähiger, professioneller und disziplinierter wirkt als sein Mitbewerber? Selbst wenn der deutsche Bewerber in diesen Aspekten besser abschneidet, würde mit dem neuen Gesetz der Bewerber mit Migrantbonus zum Zuge kommen.



Als ob Berlins Verwaltung keine anderen Probleme hätte! Seit Langem ist die Stadt berüchtigt für die überlange Geduld, die die Bürger für die Anmeldung eines Fahrzeugs oder für die Ummeldung



einer Wohnung aufbringen müssen. „In Berlin ist ein Termin beim Bürgeramt wie ein Lottogewinn“, schrieb kürzlich die Tageszeitung „Die Welt“. Einsparungen, Defizite bei der Digitalisierung und allgemeine Berliner Chaos-Politik haben die Leistungsfähigkeit der Verwaltung nach unten gezogen. Anstatt sich solchen Problemen zuzuwenden, beschäftigt sich der Berliner Senat mit symbolpolitischem Quoten-Irrsinn. Eine Posse am Rande: Das Wort „Integration“ taucht im gesamten Gesetzesentwurf nicht auf, weil es „nicht mehr zeitgemäß“ sei, wie die Integrationsbeauftragte (!) der Stadt mitteilt. Eine Stimme für SPD, Linke und Grüne ist eine Stimme für die Ausweitung des Berliner Tollhauses auf Gesamtdeutschland.

[Tagesspiegel.de: „Berlin plant eine Migrantenquote von 35 Prozent für die Verwaltung“.](https://tagesspiegel.de/berlin-plant-eine-migrantenquote-von-35-prozent-fuer-die-verwaltung/)

<https://afdkompakt.de/2021/01/18/irre-berlin-fuehrt-35-migrantenquote-im-oeffentlichen-dienst-ein/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.1.2021

Bundesregierung beerdigt die deutsche Wirtschaft!

Während die Bundesregierung von Lockdown zu Lockdown stolpert, quälen sich die kleinen und mittelständischen Unternehmen jeden Monat mehr. Früher oder später beerdigt die



Bundesregierung mit dieser Krisenpolitik die deutsche Wirtschaft.

Zwar werden „Soforthilfen“ versprochen, diese kommen aber oft mit gehöriger Verzögerung - wenn Unternehmen überhaupt die immer höheren Zugangshürden erreichen. Selbst in der Krise blüht die Bürokratie auf! Zeitgleich schiebt die Bundesregierung mit der

Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis Ende 2021 eine riesige Welle aus Zombie-Unternehmen vor sich her, die früher oder später brechen wird. So werden sich die Folgen der Lockdownkrise wohl erst nach der Bundestagswahl offenbaren. Ein Schelm, wer Böses denkt!

Kurzum sind die diese Eingriffe ohnehin nicht des Rätsels Lösung: wir müssen dafür sorgen, dass die Unternehmen von selbst auf die Beine kommen, dass sie wieder Umsätze machen können. Deshalb fordern wir als AfD ein Ende der Lockdownkette. Geben wir den Unternehmen und ihren Mitarbeitern die Planungssicherheit zurück, die sie für wirtschaftlichen Erfolg so dringend benötigen. Geben wir ihnen Hoffnung und beenden wir diese Krise!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2459193297722262/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.1.2021

Verfassungsschutz-Skandal: Geheim-Gutachten entlastet AfD auf ganzer Linie

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski, hat die vorsätzliche Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes gegen die einzige Oppositionspartei in der Stadt als den größten Skandal um den deutschen Inlandsgeheimdienst aller Zeiten bezeichnet:

„Nach uns vorliegenden Informationen hat Innensenator Geisel den Berliner Verfassungsschutz angewiesen, ein bereits Ende 2020 vorgelegtes Gutachten der Behörde neu bzw. umzuschreiben. In dem ursprünglichen Papier wurde der Berliner AfD attestiert, keinerlei Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen zu liefern, die eine Erhebung zum sogenannten Verdachtsfall rechtfertigen könnten. Diese Einschätzung habe laut Insidern beim Innensenator wie eine Bombe eingeschlagen, weil sie nicht das politisch gewünschte Ergebnis geliefert habe. In der Folge wurde der politische Druck auf die Mitarbeiter erhöht, an Stelle einer neutralen Prüfung nun das bestellte Ergebnis zu liefern. Auch soll es zu personellen Konsequenzen kommen.“

Der skandalöse Vorgang macht deutlich, dass die AfD im Wahljahr mit allen Mittel diskreditiert und geschwächt werden soll. Dazu werden offensichtlich auch rechtsstaatliche Verfahren mit Vorsatz ausgehebelt. Dieses Vorgehen erschüttert unseren demokratischen Rechtsstaat in seinen Grundfesten. Ich fordere daher den sofortigen Rücktritt des Innensensors und den Stopp der politisch inszenierten und offensichtlich durch Nichts gerechtfertigten Verfolgung der AfD durch den Verfassungsschutz. Bis zur genauen Klärung der Umstände müssen bundesweit alle Aktivitäten der Verfassungsschutzämter im Zusammenhang mit der AfD auf Eis gelegt werden, denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch in anderen Ländern oder auf der Bundesebene rechtsstaatliche Grundsätze mit Vorsatz gebrochen wurden. Nur eine absolute Transparenz der Vorgänge kann jetzt das zerstörte Vertrauen in Regierungen und Ämter wiederherstellen.“

<https://afdkompakt.de/2021/01/20/verfassungsschutz-skandal-geheim-gutachten-entlastet-afd-auf-ganzer-linie/>

Planlose Bundesregierung schafft unverantwortliche Zombieökonomie

Wie das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz heute mitteilt, hat sich die Bundesregierung auf eine Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis 30. April 2021 verständigt.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Stephan Brandner, sieht hierin eine massive Gefahr für die deutsche Wirtschaft und fordert die Bundesregierung auf, von derartigen Plänen Abstand zu nehmen.

Brandner erklärt dazu: „Die staatlich ge- und beförderte Insolvenzverschleppung wird dazu führen, dass unsere Wirtschaft noch deutlich schwerere Schäden nimmt, als ohne die Regelung anzunehmen wäre. Die Bundesregierung will mit der Verschiebung einzig darauf hinwirken, dass unschöne, reale Bilder, die durch die katastrophale Politik entstehen, immer weiter in die Zukunft verschoben werden. Dennoch rollt eine riesige Insolvenzwelle auf uns zu, die nicht mehr zu verhindern sein wird. Betroffen sein werden davon nicht nur die insolventen Betriebe, sondern auch die noch ‚gesunden‘, die gutgläubig Leistungen erbringen und die demnächst mit Rückforderungen von Insolvenzverwaltern konfrontiert werden. Wir fordern eine sofortige



Beendigung der staatlich angeordneten Betriebsschließungen und eine vernunftbasierte Coronapolitik. Nur so können Unternehmen eventuell noch gerettet werden. Die Verschiebung der Insolvenzantragspflicht wird das Gegenteil bewirken!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-planlose-bundesregierung-schafft-unverantwortliche-zombieoekonomie/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.1.2021

Regierungs-Sprachpolizei will „Migrationshintergrund“ abschaffen!

Eines der „wesentlichen Kennzeichen des Leninismus“ bestünde „in der Manipulation der Sprache, in der Abkopplung der Wörter von der Realität“, schrieb einst der französische Historiker Stéphane



Courtois im „Schwarzbuch des Kommunismus“. Umso bedenklicher erscheint es, wenn sogar die Bundesregierung sich teilweise an leninistisch anmutender Sprachmanipulation zu orientieren scheint: Eine von der Bundesregierung eingesetzte „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ fordert nun in einem an Kanzlerin Angela Merkel übergebenen Bericht, dass der Begriff „Migrationshintergrund“ abgeschafft wird! „Stattdessen soll von Eingewanderten und ihren Nachkommen gesprochen werden“, heißt es in einem Bericht von „T-online“. Merkel zeigte sich beim Empfang des Pamphlets offenbar begeistert und lobte das „opulente Opus“.

Derartiger sprachlicher Säuberungsfuror hat bei blauäugigen Multikulti-Träumern schon lange Methode: In dem irren

Gesetzentwurf der Berliner Senatsverwaltung, der eine 35-prozentige Migrantenquote im öffentlichen Dienst vorsieht, wird peinlichst das Wort „Migrationshintergrund“ vermieden und stattdessen von „Personen mit Migrationsgeschichte“ gesprochen. Kuriosum am Rande: Auch das Wort „Integration“ taucht im gesamten Gesetz nicht auf, weil es nach Auffassung der Berliner Integrationsbeauftragten (!) „nicht mehr zeitgemäß“ sei. Mit Vorliebe spricht sie dagegen vom Begriff „Migrationsgesellschaft“. Wenn sie konsequent wäre, müsste sich die „Integrationsbeauftragte“ somit in „Migrationsgesellschaftsbeauftragte“ umbenennen, während die „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ umbenannt werden müsste in „Fachkommission Migrationsgesellschaftsfähigkeit“.

[T-online.de](https://t-online.de): [„Begriff ‚Migrationshintergrund‘ soll abgeschafft werden“](https://t-online.de).

<https://afdkompakt.de/2021/01/21/regierungs-sprachpolizei-will-migrationshintergrund-abschaffen/>

Jörg Meuthen und Alexander Wolf zum Zwischenbericht des Berliner LfV zur Berliner AfD

Ein Zwischenbericht des Berliner Verfassungsschutzes vom Dezember 2020, der der AfD zugespielt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass es „keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD Berlin gibt, die eine Erhebung zum Verdachtsfall rechtfertigen können“.

Die Berliner Innenverwaltung bestreitet nicht die Authentizität des Berichts, kritisiert aber öffentlich, dass dieser „methodische Mängel“ aufweise, und „die vorhandenen Erkenntnisse nicht nach den



für den Verfassungsschutz geltenden Standards angemessen bewertet worden seien“. Zudem müsse vor einer abschließenden Bewertung „noch die Prüfung des Bundesamtes für Verfassungsschutz abgewartet werden“.

Bundessprecher **Jörg Meuthen** erklärt dazu:

„Dass die AfD Berlin keinerlei Anhaltspunkte für eine Einstufung als Verdachtsfall bietet, ist für mich ebenso selbstverständlich, wie es für SPD-Innensenator Andreas Geisel offenbar unerträglich ist. Die Kritik seiner Behörde, der Zwischenbericht weise ‚methodische Mängel‘ und eine ‚unangemessene Bewertung‘ auf, macht dies überdeutlich. Wäre das Ergebnis des Berichts ein anderes, hätte es diese Kritik so nie gegeben.

Dass der Berliner Verfassungsschutz jetzt durch Innensenator Geisel zu einer Korrektur seiner Bewertungen veranlasst wird, zeigt auf, wie die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes in der Realität vonstättengeht. Dafür, dass diese Praxis nur in Berlin üblich ist, gibt es leider keinerlei Hinweise – im Gegenteil.“

Dr. **Alexander Wolf**, Beisitzer im Bundesvorstand und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Verfassungsschutz, ergänzt:

„Das Berliner Beispiel zeigt, wie der Inlandsgeheimdienst für den Kampf gegen die AfD als Oppositionspartei im Superwahljahr 2021 parteipolitisch missbraucht wird. Das muss umgehend ein Ende haben. Eine Reform des Verfassungsschutzes, die diesen von politischer Einflussnahme unabhängig macht, ist dafür unabdingbar.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-und-alexander-wolf-zum-zwischenbericht-des-berliner-lfv-zur-berliner-afd/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.1.2021

AfD-Beobachtungs-Szenarien untergraben die Demokratie

Bundesvorstandsmitglied Carsten Hütter erklärt:

„Als Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission im Sächsischen Landtag stellen sich mir nicht erst seit gestern Fragen:

Selbst nachdem bekannt wurde, dass der sächsische Verfassungsschutz rechtswidrig Abgeordnetendaten speicherte, scheint die Staatsregierung davon auszugehen, dass immer noch viele Bürger an die vorgebliche Neutralität der Behörde glauben. Rechtsbrüche sind auf Landes- und Bundesebene allgegenwärtig. Erst diesen Montag verletzte der sächsische Ministerpräsident Kretschmer – wieder einmal – das staatliche Neutralitätsgebot, indem er in seiner Funktion als Regierungschef in einem Zeitungsinterview die AfD als ‚Demokratiefeinde‘ bezeichnete.

Unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Bundesregierung mehrfach massiv gegen Gesetze und Verfassungsrechtsgrundsätze verstoßen. Beispielhaft werden die Euro-Rettung durch Bruch des Maastricht-Vertrages, der quasi über Nacht angeordnete Atomausstieg, die illegale Masseneinwanderung durch die Nichteinhaltung des Dublin-II-Abkommens und – ganz aktuell – die vielen unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen genannt. Beispiellos ist die Forderung und



Umsetzung, die Wahl eines demokratisch gewählten (thüringischen) Ministerpräsidenten ‚rückgängig zu machen‘.

Ausgerechnet unter dieser Regierungschefin wird erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik fast täglich darüber fabuliert, in welchem Umfang die größte Oppositionspartei nachrichtendienstlich beobachtet werden soll. Dabei werden die Verfassungsschutzämter offensichtlich politisch instrumentalisiert, so zuletzt das LfV Berlin. Das stellte in einem Zwischenbericht vom Dezember 2020 fest: „Vielmehr sprechen Kampagnen wie ‘Wir für das Grundgesetz’, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Auflösung des ‚Flügels’ oder Parteiausschlussverfahren für ein Bekennnis der AfD zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Der Innensenat soll nach Erhalt des Gutachtens Druck auf die dafür zuständigen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ausgeübt haben, zu einem anderen Prüfergebnis zu kommen.

Fakt ist: Kein einziger Programmpunkt unserer Partei steht im Widerspruch zum Grundgesetz – im Gegenteil, wir machen uns konsequent für das Grundgesetz stark. Die Maßnahmen gegen die AfD werden gestützt auf vorgebliche undemokratische Haltungen einzelner Protagonisten. Eine ganze Partei, mit über 30.000 Mitgliedern, soll so verächtlich gemacht und ins politische Abseits gestellt werden. Wenn etwas wirklich gesellschaftsspaltend ist, dann dieses durchsichtige Manöver der Bundesregierung und Landesregierungen wenige Monate vor der Bundestagswahl 2021. Das wird unserem Land nicht nützen, sondern schaden, weil damit versucht wird, die berechtigten Anliegen von Millionen Wählern zu untergraben.

Sollte der undemokratische Akt der Hochstufung zum ‚Verdachtsfall‘ erfolgen, werden wir dies unter keinen Umständen hinnehmen und uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen zur Wehr setzen!“

<https://www.afd.de/carsten-huetter-afd-beobachtungs-szenarien-untergraben-die-demokratie/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 16./17.1.2021

Bundesregierung überweist immer mehr Kindergeld ins Ausland

Wie die Deutsche Presseagentur (DPA) unter Bezugnahme auf eine Anfrage der AfD-Fraktion berichtet, sind im vergangenen Jahr 427,4 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland überwiesen worden. Im Jahr 2015 lag die Summe noch bei 261 Millionen Euro. 2020 wurde das Kindergeld für insgesamt 330.063 im Ausland lebende Kinder gewährt. Das ist ein deutlicher Anstieg seit 2015, als die Zahl der Kinder noch bei 158.169 lag. (<https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/2020-mehr-Kindergeld-ins-Ausland-ueberwiesen-id58917071.html>)



Dazu sagt der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Immer mehr Kinder mit Wohnsitz im EU-Ausland erhalten deutsches Kindergeld. In einigen osteuropäischen Ländern entspricht das Kindergeld für zwei Kinder bereits einem Monatslohn. Das schafft Anreize zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, die mit jeder Kindergelderhöhung noch weiter verstärkt werden. Um das zu verhindern, haben wir als AfD-Fraktion die

Bundesregierung wiederholt aufgefordert, dem österreichischen Beispiel zu folgen und das Kindergeld auf die Lebenshaltungskosten vor Ort abzusenken. Aber unsere deutschen Interessen stehen schon lange nicht mehr auf der Agenda der Bundesregierung.“

<https://www.afdbundestag.de/springer-bundesregierung-ueberweist-immer-mehr-kindergeld-ins-ausland/>

Mit Laschet setzt die CDU den Merkelkurs fort

Zur Wahl von Armin Laschet zum CDU-Bundesvorsitzenden erklären die Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel und Alexander Gauland:

„Mit Armin Laschet hat sich die CDU dafür entschieden, den Merkelkurs weiterzufahren. Ob die Partei unter Friedrich Merz tatsächlich eine Kurskorrektur geschafft hätte, ist zwar fraglich. Mit dem jetzigen Ergebnis dokumentiert die CDU jedoch, dass es bei ihr keine Mehrheit mehr für ein konservatives und freiheitliches Profil gibt. Mit der fortgesetzten Anpassung an den linksgrünen Zeitgeist wird die CDU auf Dauer ihre jetzige Position nicht mehr halten können und spürbar an Bedeutung verlieren.“

<https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-mit-laschet-setzt-die-cdu-den-merkelkurs-fort/>

Langzeitarbeitslosigkeit geht durch Lockdown-Maßnahmen der Bundesregierung durch die Decke

Wie die Presseagentur AFP unter Bezugnahme auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion berichtet, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland seit Beginn der Corona-Maßnahmen im März 2020 um 31 Prozent gestiegen. Überdurchschnittlich stark fiel der Anstieg bei Langzeitarbeitslosen Jugendlichen aus. Hier gab es eine [Zunahme um 71,7 Prozent](#).

Dazu sagt der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Der starke Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit ist nur einer von vielen sozialen Kollateralschäden der von oben verordneten harten Lockdown-Maßnahmen. Hätte man von Anfang an auf den besonderen Schutz der Risikogruppen gesetzt, wie wir es als AfD-Fraktion schon im Mai vergangenen Jahres gefordert haben, wären uns freiheitsbeschränkende Maßnahmen und hunderttausende Arbeitslose erspart geblieben. Die nun diskutierte weitere Verschärfung der



Lockdown-Maßnahmen ist entschieden abzulehnen. ‚Schutz der Risikogruppen statt Lockdown‘ muss jetzt die Devise sein!“

Hier geht es zu den Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion vom Mai

2020: <https://www.afdbundestag.de/corona-positionspapier-2-shutdown-sofort-beenden-soviel-freiheit-wie-moeglich-nicht-mehr-einschraenkungen-als-noetig/>

<https://www.afdbundestag.de/springer-langzeitarbeitslosigkeit-geht-durch-lockdown-massnahmen-der-bundesregierung-durch-die-decke/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.1.2021

Bundestag darf sich nicht selbst entmachten

Zu den Spekulationen über eine weitere Verschärfung des Lockdowns vor dem Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten, teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Es ist höchste Zeit, die Entscheidungen über die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie endlich auf eine breite parlamentarische Grundlage zu stellen. Schwerwiegende Grundrechtseinschränkungen wie die jetzt diskutierte nächtliche Ausgangssperre müssen im Bundestag debattiert und entschieden werden.“

Es kann nicht sein, dass die Abgeordneten nach den Kugelrunden der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten – und nachdem die Medien informiert wurden – vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dies gilt insbesondere angesichts der zunehmend radikaler werdenden Forderungen zur Pandemie-Bekämpfung aus den Reihen der Bundesregierung.

Je länger der Bundestag dieses Verfahren widerspruchslos hinnimmt, desto stärker schwächt er seine Position. Das kommt einer Selbstentmachtung gleich. Es darf keine Gewöhnung daran eintreten, dass wesentliche Entscheidungen, die über das Wohl unseres Landes entscheiden, quasi in einem ‚Fürstengremium‘ getroffen werden. Die Entscheidung darüber muss umgehend wieder in das Parlament geholt werden.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-bundestag-darf-sich-nicht-selbst-entmachten/>

18. Januar 1871 – Die Geburtsstunde des deutschen Nationalstaates

Heute vor 150 Jahren wurde der symbolische Grundstein für den deutschen Nationalstaat gelegt, in dessen Rechtsnachfolge die Bundesrepublik Deutschland bis heute Teil der „staats- und völkerrechtlichen Kontinuität Deutschlands“ ist. Denn am 18. Januar 1871 wurde in Versailles das Zweite Deutsche Kaiserreich proklamiert. Damit wurde knapp 65 Jahre nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem Zwischenspiel des deutschen Bundes ein neuer, moderner deutscher Nationalstaat geschaffen.

Obwohl die Reichsgründung „von oben“, das heißt durch Bismarck und die deutschen Fürsten erfolgte, wäre sie nicht ohne einen machtvollen Prozess der Nationswerdung „von unten“ möglich gewesen. Gerade die Einheits-, Freiheits- und Demokratiebewegungen von 1817 (Wartburgfest), 1832 (Hambacher Fest) und 1848 (Paulskirche) schufen nachhaltige Impulse für die lang ersehnte



Gründung des deutschen Nationalstaates und ließen diesen mit den Werten von Einigkeit, Recht und Freiheit Realität werden.

Wie bei vielen anderen Nationen auch, handelte es sich um einen langjährigen Prozess mit vielen Höhen und Tiefen. Diese historische Entwicklung muss auch heute noch einen angemessenen Stellenwert in der deutschen Geschichts- und Erinnerungspolitik einnehmen.

Denn die Bundesrepublik fußt auf den Fundamenten des 1871 gebildeten Nationalstaates. Viele der nach wie vor bis heute geltenden Gesetze und Normen haben ihren Ursprung im Kaiserreich. So unter anderem das allgemeine und gleiche Wahlrecht – anfänglich wie in ganz Europa nur für Männer –; die Herausbildung eines modernen demokratischen Parteiensystems; die Vereinheitlichung von Münzen, Maßen und Gewichten; die Fortentwicklung des Wirtschafts-, Niederlassungs- und Handelsrechts sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches; aber auch die bahnbrechende allgemeine Sozialversicherung (Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, ursprünglich Invaliditäts- und Altersversicherung). In sozialpolitischer Hinsicht wurde Deutschland weltweit führend und zum Vorbild.

Dies alles hat den Rahmen für die Ausübung der Volkssouveränität in unserem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat erst ermöglicht.

Zudem trug die Gründung des Nationalstaates zum wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands bei. Ohne die großen Erfindungen und zahlreichen Patente deutscher Tüftler und Wissenschaftler hätte sich unser Heimatland nicht zu dem entwickeln können, was es bis heute geblieben ist: eine der führenden Industrienationen der Welt.

Dies alles zeigt, dass Nation, Identität und Demokratie untrennbar mit der Souveränität eines Nationalstaates verbunden sind. Nur indem man die Vielfalt der europäischen Völker und die Eigenständigkeit der Nationalstaaten bewahrt, lassen sich unsere freiheitlichen Errungenschaften der letzten 150 Jahre erhalten und weiterentwickeln.

Berlin, den 18. Januar 2021

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
AfD-Fraktion Bayerischen Landtag
AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg
AfD Bremische Bürgerschaft
AfD-Fraktion im Hessischen Landtag
AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
AfD-Gruppe im Niedersächsischen Landtag
AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
AfD-Fraktion im Landtag des Saarlandes
AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
AfD-Gruppe im Landtag Schleswig-Holstein
AfD-Fraktion im Thüringer Landtag



Menschenleben und Mittelständler retten

AfD-Fraktionsvize Peter Felser hat eine Überprüfung der Corona-Impfstrategie gefordert.

Felser erklärt:

„Angesichts der neuen Erkenntnisse aus Norwegen muss geprüft werden, ob der deutsche Weg der richtige ist.

Möglicherweise wäre es sinnvoller gewesen, mehr Impfdosen national zu erwerben, dadurch schneller viele Personen zu immunisieren und vor allem als Erstes die jungen mobilen Menschen zu impfen, um so die rasante Verbreitung des Corona-Virus zu stoppen.

Für ältere Menschen muss zudem – unabhängig von der Impfung – ein verbessertes Schutzkonzept entwickelt werden: Die hohe Zahl von Todesopfern in Pflegeeinrichtungen zeigt seit Wochen, dass es nichts nützt, das gesamte Land herunterzufahren.

Stattdessen sollten wir alle geeigneten Schutzmaßnahmen auf die wirklichen Risikopersonen konzentrieren. Das rettet Menschenleben und unsere mittelständischen Betriebe.“

<https://www.afdbundestag.de/felser-menschenleben-und-mittelstaendler-retten/>

150 Jahre Nationalstaat der Deutschen – ein Meilenstein unserer Geschichte

Am 18. Januar vor 150 Jahren wurde der erste deutsche Nationalstaat gegründet. Dazu erklären die Fraktionsvorsitzenden der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland:

„Die Gründung des deutschen Nationalstaats vor 150 Jahren war ein Meilenstein unserer Geschichte. Die Überwindung der deutschen Kleinstaaterei und die Schaffung eines in seiner Zeit modernen Nationalstaats war eine fortschrittliche Errungenschaft, die einen staatspolitischen Anachronismus beendet hat.

In dem von Bismarck geschaffenen ersten geeinten deutschen Nationalstaat entstanden moderne und leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Auch in Bildung und Wissenschaft, Hochschule und Forschung, Industrie und Infrastruktur wurden zukunftsweisende Fundamente gelegt. Der auf diesen Grundlagen errichtete Nationalstaat hat sich als so tragfähig erwiesen, dass er zwei Weltkriege, Zusammenbruch und Teilung überstanden hat.

Der Nationalstaat ist kein Auslaufmodell. Er ist auch im 21. Jahrhundert Voraussetzung und Garant für sozialstaatliche Solidarität, demokratische Repräsentation und politische Souveränität. Der 150. Jahrestag der Gründung des deutschen Nationalstaats mahnt uns, dieses Erbe nicht zu verspielen und nicht leichtfertig einem undemokratischen EU-Superstaat zu opfern. Es ist ein Armutszeugnis, wie ignorant und verklemmt die etablierte Politik dieses herausragende Datum unserer Geschichte vorüberstreichen lässt. Für uns ist dieser Tag Anlass zur Freude und zum Feiern.“

<https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-150-jahre-nationalstaat-der-deutschen-ein-meilenstein-unserer-geschichte/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.1.2021

FFP2-Masken bergen gesundheitliche Risiken

Zur Diskussion über das Tragen von sogenannten FFP2-Masken, wie sie in Bayern beim Einkaufen und im Öffentlichen Personennahverkehr mittlerweile Pflicht sind, teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Das Tragen von FFP2-Masken außerhalb des medizinischen Bereichs ist überhaupt nicht zielführend.

Es handelt sich hierbei wieder einmal um eine populistische Kurzschlusshandlung, die den Eindruck vermitteln soll, alles unter Kontrolle zu haben, um den Menschen ein trügerisches Gefühl der Sicherheit zu geben.

Nicht umsonst ist im Arbeitsschutzgesetz explizit vorgeschrieben, wie FFP2-Masken zu tragen sind. Sogar das Robert-Koch-Institut weist darauf hin, dass ältere Menschen, Personen mit eingeschränkter Lungenfunktion und immunsupprimierte Menschen hier besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind.

Abgesehen von den gesundheitlichen Risiken ist es eine Frechheit zu erwarten, dass die Menschen es sich leisten können, regelmäßig neue FFP2-Masken zu kaufen, die in Apotheken bis zu sechs Euro kosten.

Es darf auf keinen Fall zu einer deutschlandweiten FFP2-Maskenpflicht kommen, da sie bei falscher Verwendung schädlich sind – und dies auch noch unter dem Deckmantel der Sicherheit.“
<https://www.afdbundestag.de/podolay-ffp2-masken-bergen-gesundheitliche-risiken/>

Bei FFP2-Maskenpflicht im Bahnverkehr drohen weitere Fahrgastverluste

Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter für die Bahn, Wolfgang Wiehle, warnt vor einer FFP2-Maskenpflicht im Bahnverkehr:

„Maßnahmen zum Gesundheitsschutz dürfen nicht die Gesundheit gefährden. Besonders im Fernverkehr mit Fahrzeiten von mehreren Stunden wäre eine allgemeine FFP2-Maskenpflicht nicht vertretbar. Auch das Robert-Koch-Institut hat empfohlen, dass man die FFP2-Masken ohne Ausatemventil höchstens 75 Minuten tragen soll, mit anschließender 30-minütiger Tragepause. Diese Empfehlung gilt wohlgerne für die berufliche Arbeit. Wie gut Privatpersonen FFP2-Masken über längere Zeit vertragen, noch dazu ohne die in der Arbeitswelt übliche vorherige ärztliche Untersuchung, ist auch unklar.

Nichts spricht dagegen, dass gefährdete Personen FFP2-Masken freiwillig nutzen und die DB diese in ihren Zügen anbietet. Mit einem Zwang zur dauerhaften Nutzung solcher Masken würde aber eine Grenze überschritten. Spätestens wenn sich dann die absehbaren Berichte über Symptome wie Kopfschmerzen und Übelkeit häufen, hat die Bahn ein Problem. Der ohnehin schon drastische Fahrgastverlust wird sich beschleunigen und Kunden werden auf die Verkehrsträger Auto und Flugzeug ausweichen. Das können weder Bahnvorstand noch Bundesregierung ernsthaft wollen.



Wiehle hat am 18.01. zur Tragepflicht von FFP2-Masken im Nah- und Fernverkehr der Bahn schriftliche Fragen an die Bundesregierung eingereicht.

<https://www.afdbundestag.de/wiehle-bei-ffp2-maskenpflicht-im-bahnverkehr-drohen-weitere-fahrgastverluste/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.1.2021

Baby von Jugendamt der Mutterbrust entrisen

Das Jugendamt in Pirmasens in Rheinland-Pfalz hat einer Mutter vier Tage nach Heiligabend rechtswidrig und ohne richterlichen Beschluss ihr neugeborenes Kind entzogen. Die Familie klagte dagegen und bekam Recht. Verwaltungsgericht und Familiengericht kamen zu dem Schluss, dass hier eigenmächtig und ungerechtfertigt gehandelt wurde. Das Jugendamt schob als Grund eine vorliegende Kindswohlgefährdung vor, was die Gerichte jedoch nicht bestätigten.

Dazu teilt die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst mit:

„Es ist kaum ein traumatischeres Erlebnis für eine stillende Mutter und den Vater vorstellbar als die Wegnahme ihres Säuglings. Es wundert nicht, dass der Großvater von ‚Kinderdieben‘ und ‚staatlicher Willkür‘ spricht.

Auch wenn dies in Pirmasens noch ein Einzelfall ist, so ist dennoch jeder Fall dieser Art einer zu viel und es besteht die große Gefahr, dass sich solche Fälle künftig häufen werden. Mit der Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz erlangen die Jugendämter noch leichteren Zugriff mitten in die Familien hinein.

Dabei haben Kinder automatisch alle Menschenrechte und für Straftaten gibt es Gerichte. Unbestimmte Begriffe wie ‚Kindswohlgefährdung‘ besitzen einen großen ideologischen Spielraum, welcher wie im vorliegenden Fall völlig an geltender Rechtsprechung vorbeigehen kann. Nicht nur, dass der Interpretationsspielraum für Jugendamt Mitarbeiter sehr groß ist, sie besitzen im Regelfall auch keine rechtliche Ausbildung.

Wenn man berücksichtigt, dass oft Zeitmangel herrscht und keine gründlichen ‚Blicke‘ hinter die Kulissen möglich sind, dann sind Fehler vorprogrammiert. Seit der Begriff ‚Kindswohlgefährdung‘ offiziell existiert, steigen die Fallzahlen und man darf sich fragen, ob Pirmasens nur der Auftakt zu einer bundesweiten ‚Familiengefährdung‘ ist.

Und um das nicht unerwähnt zu lassen: Was mit unseren Kindern derzeit an schulischen und digitalen Lernexperimenten passiert, während sie voller Todesangst zu Hause eingesperrt sind, ist für mich kollektive ‚Kindswohlgefährdung‘ und somit ein Angriff auf Familien im Einzelnen und damit unsere Gesellschaft im Ganzen.“

<https://www.afdbundestag.de/hoechst-baby-von-jugendamt-der-mutterbrust-entrisen/>



Söder hat den Bogen überspannt

AfD-Fraktionsvize Peter Felser sieht sich durch das bayerische Urteil gegen willkürliche Corona-Verbote bestätigt:

„Söder hat den Bogen überspannt. Zu viele Eingriffe in das Privatleben der Bürger sind nicht zulässig. Damit bestätigt das Gericht die Position der AfD-Fraktion. Wir bekräftigen darum unsere Forderung an die Altparteien, ihre hilflose Verbotspolitik zu Lasten von Familien und Wirtschaft endlich zu beenden. Die AfD-Fraktion setzt dagegen auf die Eigenverantwortung der Bürger, den Schutz der Risikogruppen und des Mittelstandes.“

<https://www.afdbundestag.de/felser-soeder-hat-den-bogen-ueberspannt/>

Teufelskreis immer schärferer Lockdowns durchbrechen

Zur erneuten Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns durch die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten äußern sich die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland.

Alice Weidel:

„Der Teufelskreis aus immer neuen Verlängerungen und Verschärfungen des unwirksamen Lockdowns muss endlich durchbrochen werden. Das Vorbeiregieren am Parlament durch eine nicht in der Verfassung vorgesehene Kungelrunde darf nicht länger hingenommen werden.

In dreister Regelmäßigkeit maßen Kanzlerin und Ministerpräsidenten sich an, nach Gutsherrenart über die Parlamente hinweg weitreichende Eingriffe in bürgerliche, politische und wirtschaftliche Freiheiten zu beschließen

Wieder werden Schüler und Studenten, Kinder und Familien, Arbeitnehmer, Mittelstand und Gewerbe zu Hauptleidtragenden der verfehlten Lockdown- und Verbotspolitik gemacht.

Statt Zwangsmaßnahmen und Willkürentscheidungen müssen Freiwilligkeit und Eigenverantwortung der Bürger im Mittelpunkt stehen.“

Alexander Gauland:

„Über Grundrechtseingriffe von dieser Tragweite und mit solch enormen ökonomischen und finanziellen Folgen muss der Deutsche Bundestag entscheiden und nicht eine Art ‚Fürstengremium‘, das seine Beschlüsse allenfalls nachträglich den Parlamenten zum Abnicken vorlegt. Statt immer abstrusere Verbotsideen in die Tat umzusetzen, muss die Regierung endlich eine verlässliche Strategie zur Beendigung des Ausnahmezustands vorlegt.

Andauernde Schulschließungen, willkürlich verhängte Maskenpflichten und in der Praxis nicht durchführbare Homeoffice-Vorschriften bringen für den seit Monaten vernachlässigten Schutz der besonders gefährdeten Hochbetagen, Alten- und Pflegeheimbewohner keine Verbesserung.

Die Regierung hat sowohl beim Schutz der Risikogruppen als auch bei der Impforganisation versagt. Statt die Bürger kollektiv in Geiselhaft zu nehmen, muss die Bundesregierung endlich ihr Versagen auf diesem Gebiet korrigieren und dafür sorgen, dass genügend Impfstoff für alle Impfbereiten zur Verfügung steht.

Die deutsche Corona-Politik braucht umgehend eine Kurswende unter der Maxime: Lockdown beenden, vulnerable Gruppen schützen, Impfungen ermöglichen.“



<https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-teufelskreis-immer-schaerferer-lockdowns-durchbrechen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.1.2021

Deutschland droht eine verlorene Schülergeneration

Der bildungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Götz Frömming kritisiert die fortgesetzte Schließung von Schulen und Kindertagesstätten und die Aussagen der Bundeskanzlerin vor der Bundespressekonferenz zu diesem Thema:

„Es hilft Kindern, Eltern und Pädagogen herzlich wenig, wenn die Bundeskanzlerin zwar einer Öffnung der Schulen ‚erste Priorität‘ einräumt, diese aber zugleich an die unrealistische Bedingung der Erreichung eines willkürlich festgelegten und für die Winter-Erkältungssaison utopischen ‚Inzidenzwerts‘ knüpft. Die Kollateralschäden der fortgesetzten Schulschließungen und der andauernden Unsicherheit sind schon jetzt enorm und nicht mehr zu rechtfertigen.

Dafür spricht die verzweifelte Forderung des Deutschen Lehrerverbands, Schülern die Möglichkeit einer ‚freiwilligen Wiederholung‘ des Schuljahrs zu geben. Für viele betroffene Schüler dürfte das tatsächlich der einzig realistische Ausweg sein. Im Klartext bedeutet das: Die inkonsistente Corona-Politik von Bund und Ländern hat einer ganzen Schülergeneration ein wertvolles Jahr an Bildungs- und Lebenszeit genommen. Unserem Land droht eine verlorene Schülergeneration. Zu Recht weist der Generalsekretär der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) Hans-Iko Huppertz laut Medienberichten darauf hin, dass „eine ganze Generation von Schülern infolge der jetzigen Beschlüsse ein Leben lang Nachteile erfahren wird“.

Für das Infektionsgeschehen unter den besonders gefährdeten und schützenswerten Bevölkerungsgruppen der Hochbetagten, Gebrechlichen und mehrfach Vorerkrankten hat die Schließung der Schulen und Bildungseinrichtungen keine nennenswerte Bedeutung. Der Schutz dieser Bevölkerungsgruppen und die Wiederaufnahme des Schulbetriebs sind miteinander zu vereinbaren. Die Kultusminister der Länder bleiben deshalb aufgefordert, die Schulen umgehend wieder zu öffnen – auch gegen das halsstarrige und uneinsichtige Votum der Bundeskanzlerin.“

<https://www.afdbundestag.de/froemming-deutschland-droht-eine-verlorene-schuelergeneration/>

Merkels Drohung mit Grenzkontrollen ist für viele in Europa ein Hoffnungsschimmer

Zur Drohung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, wieder Grenzkontrollen einzuführen, wenn die Nachbarländer bei der Pandemie-Bekämpfung einen anderen Weg als Deutschland einschlagen sollten, teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Was Bundeskanzlerin Angela Merkel offensichtlich als Drohung versteht, ist für viele in Deutschland aber auch in Europa ein Hoffnungsschimmer: Deutschland würde mit der Kontrolle seiner Grenzen endlich die Voraussetzungen für mehr innere Sicherheit in der gesamten EU schaffen.

Dass Merkel versucht, mit dieser Ankündigung von den europäischen Nachbarstaaten Gefolgschaft auf ihrem Weg der Pandemiebekämpfung zu erzwingen, lässt zugleich Zweifel daran aufkommen, dass sie tatsächlich davon überzeugt ist, dass der von ihr in Deutschland



durchgesetzte harte Lockdown das gewünschte Ergebnis bringt. Sonst müsste sie nicht auf diplomatische Drohungen setzen, sondern könnte darauf vertrauen, dass der von ihr eingeschlagene Weg zu Erfolg führt.

Vielleicht hat die Pandemie neben all ihrem Schrecken am Ende zumindest etwas Brauchbares: Die Legende, dass die deutschen Grenzen nicht zu kontrollieren seien und wir daher jeden einreisen lassen müssen, der nach Deutschland kommen will, wie uns seit 2015 von Merkel immer wieder erzählt wurde, ist endgültig vom Tisch. Wir werden die Bundeskanzlerin und ihren Nachfolger jederzeit daran erinnern, wenn es notwendig ist.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-merkels-drohung-mit-grenzkontrollen-ist-fuer-viele-in-europa-ein-hoffnungsschimmer/>

Bürger haben ein Recht auf realistische und verlässliche Lockdown-Exit-Strategie

Nach dem Auftritt der Bundeskanzlerin vor der Bundespressekonferenz fordert die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel angesichts von immer neuen Lockdown-Verlängerungen eine klare und verbindliche Exit-Strategie:

„Lockdown-Verlängerungen in Serie und ohne Aussicht auf ein Ende haben die Geduld der Bürger erschöpft. Seit einem Dreivierteljahr operiert die Bundesregierung mit wechselnden und willkürlich festgelegten statistischen Größen – Verdoppelungszeit, R-Werte, Inzidenzzahlen –, um ihre Corona-Maßnahmen zu begründen. Auch der aktuell herangezogene 7-Tage-Inzidenzwert, der unter 50 Fälle pro 100.000 Einwohner sinken soll, ist nicht wissenschaftlich fundiert, sondern aus der angenommenen Kapazität der Gesundheitsämter zur Nachverfolgung von ‚Infektionsketten‘ abgeleitet.

Die offensichtliche Erfolglosigkeit dieser Strategie wirft nicht nur die Frage auf, warum die von der Kanzlerin jetzt angekündigte Erhöhung der Kapazitäten der Gesundheitsämter nicht schon längst in den zurückliegenden Monaten erfolgt ist. Es stellt sich auch die Frage, ob die Ausrichtung der Corona-Politik an diesem willkürlich gegriffenen Wert noch länger sinnvoll ist, wenn auf der Grundlage von für die Massenanzahl nicht geeigneten PCR-Tests nach wie vor auch symptomlose, gesunde und falsch positiv getestete Personen fälschlich als ‚infiziert‘ behandelt und auch deren Kontakte unter hohem Ressourceneinsatz verfolgt werden müssen.

Die Bürger haben ein Recht auf eine realistische und verlässliche Exit-Strategie für die fehlgeschlagene Lockdown-Politik. Diese Strategie muss sich statt an willkürlichen theoretischen Größen, Mutmaßungen und Spekulationen an der tatsächlichen Zahl der Erkrankten und der echten Belastung des Gesundheitssystems durch schwere Krankheitsverläufe orientieren und gezielt die Ertüchtigung des Gesundheitssystems, die unverzügliche Bereitstellung freiwilliger Impfmöglichkeiten für alle Impfbereiten und den Schutz der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt stellen. Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich eine solche Strategie vorzulegen.“

<https://www.afdbundestag.de/alice-weidel-buerger-haben-ein-recht-auf-realistische-und-verlaessliche-lockdown-exit-strategie/>



Die Zukunft der jungen Generation wird durch Coronamaßnahmen verspielt

Mitarbeiter der Hamburger Arche berichten von besorgniserregenden Entwicklungen durch fehlenden Präsenzunterricht an Schulen. Kinder verlieren den Anschluss und Lehrer geben manche Schüler bereits auf.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst sagt dazu:

„Gerade Kinder aus benachteiligten Haushalten scheinen durch den Wegfall des Präsenzunterrichts weiter abgehängt zu werden. Digitale Bildungsangebote können den klassischen Unterricht eben nicht ersetzen. Der Unterricht zu Hause ist gerade für Grundschul Kinder nur so gut wie die Betreuung zu Hause. Wie kann der Staat gleichzeitig die Schulpflicht aufrecht erhalten, wenn er seiner Bildungspflicht und seinem Bildungsmonopol nicht nachkommen kann oder will? Der Staat verbaut durch seine Maßnahmen die Zukunft unserer Kinder.

Dies geschieht auch noch sinnlos, denn der die Maßnahmen begründende Zweck wird nicht erreicht. Der angestrebte Schutz der vulnerablen Bevölkerungsgruppen wird völlig verfehlt, wie alle Daten zeigen. Wir sehen hier ein Staatsversagen erster Güte. Die Regierung muss endlich weitestgehenden Präsenzunterricht wieder gewährleisten. Wäre die Bildung nicht über Jahre kaputt gespart worden, stünden die hierfür nötigen Lehrerkapazitäten sowie die baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen auch schon vor Corona zur Verfügung.“

<https://www.afdbundestag.de/hoechst-die-zukunft-der-jungen-generation-wird-durch-coronamassnahmen-verspielt/>

EU darf nicht den Gesundheitsschutz deutscher Staatsbürger vereiteln

Die unzulängliche Lieferung des Corona-Impfstoffes von BioNTech/Pfizer führt laut NRW-Gesundheitsministerium dazu, dass Krankenhäuser Impfungen gestoppt haben. Ebenso wurde der Start der Impfzentren verschoben. Nach den Antworten des Bundesministeriums für Gesundheit auf die Schriftlichen Fragen des AfD-Bundestagsabgeordneten Stefan Keuter, verwundert dies nicht. Keuter wollte von der Bundesregierung wissen, an welchem Datum die Lieferung der zusätzlichen 30 Millionen Impfdosen für Deutschland – hierüber berichteten die Medien am 19.12.2020 als „klares nationales Signal“ – zwischen dem Bundesgesundheitsministerium und den Firmen BioNTech/Pfizer, neben den Bestellungen über die EU-Kommission, vertraglich vereinbart wurden.

Hierauf antwortete das Bundesministerium für Gesundheit wie folgt: „Diejenigen deutschen Impfstoffhersteller, die im Rahmen eines Sonderprogramms zur Beschleunigung von Forschung und Entwicklung von Impfstoffen gegen COVID-19 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurden, haben mittels vorvertraglicher Vereinbarungen jeweils zugesagt, zusätzliche Impfstoffdosen für die Versorgung der deutschen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch das Unternehmen BioNTech. Die Umsetzung in Lieferverträge ist noch Gegenstand laufender Verhandlungen, die auch mit den europäischen Verträgen in Einklang bleiben sollen. Derzeit beteiligt sich Deutschland an der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Aufstockung der Kontingente auf europäischer Ebene (...).“

Keuter: „Die Antwort ist in mehrerer Hinsicht unbefriedigend. Zum einen wird das konkrete Datum der Bestellung der zusätzlichen 30 Millionen Impfdosen für Deutschland nicht genannt und zum



anderen scheitert die Auslieferung mal wieder an der Europäischen Union. Nationale Vereinbarungen müssen, so sie denn tatsächlich getroffen worden sind, uneingeschränkt eingehalten werden. Die Europäische Union hat den Gesundheitsschutz Millionen deutscher Staatsbürger nicht zu vereiteln.“

<https://www.afdbundestag.de/keuter-eu-darf-nicht-den-gesundheitsschutz-deutscher-staatsbuerger-vereiteln/>

Video-Empfehlungen

Eine Amtsärztin spricht Klartext!

<https://www.facebook.com/100005679090886/videos/1559635447569077/>

"Corona-Tote": Ein Bestatter spricht Klartext – und ein Fernsehsender schneidet ihn aus der Sendung

<https://www.youtube.com/watch?v=RPQ9W5ETveU>

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Gemischtes aus Deutschland und der Welt

Deutschland ist sprachlos: 150 Jahre Reichsgründung

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/deutschland-150-jahre-reichsgruendung/>

AfD-Politiker abschießen: Videospiel an Hochschule sorgt für Empörung

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/afd-politiker-abschiessen-studenten/>

Maskenball und Geisterstunde mit Lady Gaga

<http://www.pi-news.net/2021/01/maskenball-und-geisterstunde-mit-lady-gaga/>

Bundesregierung lehnt UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot ab

<https://de.rt.com/inland/112120-bundesregierung-lehnt-un-vertrag-zu-atomwaffenverbot-ab/>

Verfassungsschutz will gesamte AfD unter Beobachtung stellen

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-01/afd-verfassungsschutz-verdachtsfall-beobachtung-rechtsextremismus>

Begriff "Migrationshintergrund" soll weg

<https://www.tagesschau.de/inland/fachkommission-fordert-abschaffung-des-begriffs-migrationshintergrund-101.html>

Bundesregierung: Kfz-Kennzeichen-Scanning kommt bundesweit

<https://www.heise.de/news/Bundesregierung-Kfz-Kennzeichen-Scanning-kommt-bundesweit-5031140.html>

Franziska Giffey: Entscheidung über ihren Dokortitel wohl erst nach der Wahl

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/franziska-giffey-entscheidung-ueber-ihren-dokortitel-erst-nach-der-wahl-li.133753>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUJQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>



„Geimpfte sollen Grundrechte ausüben dürfen“

<https://www.deutschlandfunk.de/aussenminister-maas-in-bild-geimpfte-sollen-grundrechte.1939.de.html>

Corona-Gipfel: Lockdown verlängert, Kitas und Schulen bleiben zu

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/corona-gipfel-lockdown-wird-bis-14-februar-verlaengert,SMY2NJO>

14 Todesfälle in Seniorenheim

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/starnberg/lk-starnberg-corona-aktuell-todesfaelle-fallzahlen-starnberger-see-seniorenheim-1.5175589>

Richter rechnet mit dem Lockdown und der Corona-Politik ab

<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/selbstbewusster-richter-rechnet-mit-dem-lockdown-und-der-corona-politik-ab/>

Sprechen kann genauso gefährlich sein wie Husten

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-sprechen-kann-genauso-gefaehrlich-sein-wie-husten-wegen-der-aerosole-a-639c3daa-d167-430c-9e0e-8197bbd4a199>

Verband der Verkehrsunternehmen spricht sich für "Schweigepflicht" im ÖPNV aus

https://www.focus.de/gesundheit/news/aktuelle-corona-lage-verband-der-verkehrsunternehmen-spricht-sich-fuer-schweigepflicht-im-oepnv-aus_id_12890013.html

Diese Bundesländer setzen auf Stationen für Quarantänebrecher

<https://www.tagesspiegel.de/politik/zwangseinweisungen-nach-corona-verstoessen-diese-bundeslaender-setzen-auf-stationen-fuer-quarantaenebrecher/26828278.html>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Sachsen will Quarantäne-Verweigerer in Einrichtung unterbringen

https://rp-online.de/panorama/coronavirus/sachsen-nimmt-einrichtung-fuer-quarantaene-verweigerer-in-betrieb_aid-55708669



Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Schwangere Frau auf Parkplatz in Hamm getötet

<https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/frau-hamm-toetungsdelikt-polizei-mordkommission-dortmund-staatsanwaltschaft-parkplatz-sueden-90169330.html>

Junge Frau in Krefelder Innenstadt überfallen und vergewaltigt - Tat vermutlich mit Smartphone gefilmt

<https://www.nrw-aktuell.tv/2021/01/junge-frau-in-krefelder-innenstadt.html>

Drei Unbekannte treten auf 15-Jährigen in Essen ein und rauben ihn aus

<https://www.nrw-aktuell.tv/2021/01/drei-unbekannte-treten-auf-15-jahrigen.html>

Zwei Männer beklauen Schwangere

<https://www.blaulicht-giessen.de/archive/476370>

Hamburg: Libyer ermordet 20-jährige Schülerin im Fahrradkeller

<http://www.pi-news.net/2021/01/hamburg-libyer-ermordet-20-jaehrige-schuelerin-im-fahrradkeller/>

„Ich wusste nicht, dass man in Deutschland nicht vergewaltigen darf“

<http://www.pi-news.net/2021/01/ich-wusste-nicht-dass-man-in-deutschland-nicht-vergewaltigen-darf/>

Der letzte Weihnachts-Kuss

<https://www.bild.de/bild-plus/regional/hamburg/hamburg-aktuell/schuelerin-in-lueneburg-getoetet-der-letzte-weihnachts-kuss-74983380.bild.html>



Fakten in Bildern

Bevölkerungsstand im Vergleich zur Sterblichkeit in den vergangenen 3 Jahren

#WIRBLEIBENZUHAUSE

Der Bevölkerungsstand im Vergleich zur Sterblichkeit in den vergangenen 3 Jahren:

Der Bevölkerungsstand 2018

82.790.000 Menschen

Sterblichkeit in 2018

954.874 Menschen

Quote in Prozent:

1,1533 %

Der Bevölkerungsstand 2019

83.020.000 Menschen

Sterblichkeit in 2018

939.520 Menschen

Quote in Prozent:

1,1316 %

Der Bevölkerungsstand 2020

83.200.000 Menschen

Sterblichkeit in 2020

946.526 Menschen

Quote in Prozent:

1,1376 %

EINE AKTION DES  Bundesministerium
für Gesundheit



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!

Deutschland 2021





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen